

Roger de Weck

Die Kraft der Demokratie

**Eine Antwort auf die
autoritären Reaktionäre**

Suhrkamp

suhrkamp taschenbuch 5167

Seit Corona und dem Trump-Fiasko wirken die zerstrittenen Reaktionäre wie lauter Verlierer und Versager, so auch die AfD. Jetzt ist die Stunde der Fortschrittsoptimisten: Nutzen die Grünen und alle Schrittmacher einer ökosozialen Demokratie ihre Chance?

Roger de Wecks preisgekröntes Buch schafft Zuversicht – und Übersicht: Es zerlegt die Argumente der autoritären Populisten in ihrem Kulturkampf wider die offene Gesellschaft. Im deutschen Wahljahr skizziert es, wie eine liberale Demokratie des Ausgleichs von Natur und Mensch, Arm und Reich, Frau und Mann, Schwarz und Weiß aussehen könnte: gestaltungskräftig, auf der Höhe des digital-ökologischen 21. Jahrhunderts. Denn die Natur, sagt de Weck, muss zur Teilnehmerin an der Demokratie werden.

Roger de Weck, geboren 1953, ist ein Schweizer Publizist und Ökonom. Von 1997 bis 2001 war er Chefredakteur der Wochenzeitung *Die Zeit*, von 2011 bis 2017 Generaldirektor der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft. Für *Die Kraft der Demokratie* wurde er 2021 mit dem Bruno-Kreisky-Preis für das Politische Buch ausgezeichnet.

Roger de Weck
Die Kraft der Demokratie

Eine Antwort auf die autoritären Reaktionäre

Erweiterte und aktualisierte Ausgabe

Suhrkamp

Erste Auflage 2021
suhrkamp taschenbuch 5167
© Suhrkamp Verlag Berlin 2020
Suhrkamp Taschenbuch Verlag
Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.
Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung
elektronischer Systeme verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.
Umschlaggestaltung: Rothfoß & Gabler, Hamburg
Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn
Druck und Bindung: C. H. Beck, Nördlingen
Printed in Germany
ISBN 978-3-518-47167-8

Die Kraft der Demokratie

Inhalt

Vorwort zur Taschenbuchausgabe: Die Zäsur	11
Einleitung: Wir sind die, auf die wir warten	15
I. Im Bann der Reaktionäre, im Sog der Machtwirtschaft ...	27
Das Autoritäre war nie weg und ist zurück 29 – Wenn die Gegenwart Vergangenheit ist: Konservative in der Sinnkrise 32 – Der »bürgerliche« Schulterschluss 36 – »Weniger Demokratie bringt mehr Freiheit« 38 – Von der Marktwirtschaft zur Machtwirtschaft 41 – Demokratie – die nützliche Idiotin? 43 – Deregulierung nährt den Populismus, Popu- lismus dereguliert die Demokratie 47 – Unsichtbare Hand des Markts, harte Hand der Marktradikalen 51 – Der schwere Stand des Mittel- stands 54 – Bietet Demokratie keine echten Alternativen, sucht man Alternativen zur Demokratie 59 – Die Verwirtschaftlichung des Den- kens 62 – »Die Antwort ist die Autorität der Demokratie, nicht die autoritäre Demokratie« 67 – Die Schweiz: Avantgarde des Populis- mus 72 – Auf der Suche nach dem verlorenen Bürgertum 79 – Auto- ritäres liegt in der Luft 84 – Schule der Demokratie 86 – Liberale wider die liberale Demokratie 88 – Demokratie und Sozialdemokratie 95 – Identitätspolitik 96 – Die Postliberalen – und die vier Teilsiege der Reaktionäre 104	
II. Aus dem Arsenal der Reaktionäre	109
Politische Korrektheit – eine Nebensache rückt in den Mittelpunkt 110 – »Meinungskorridore« und »Mainstream« 114 – Empfindlich und unerbittlich: Die Kulturkämpfer 120 – Die antikorrekte Empörungs- kultur 122 – Andere Zeiten, anderes Deutsch 125 – Ist politische Korrektheit unpolitisch? 129 – Die hochpolitische Unkorrektheit 133 – Weltethos, Weltinnenpolitik? Nein, die Nation über alles 137 – Die geistig-amoralische Wende 139 – An allem schuld: Der »Moral-	

adel« 141 – Das deregulierte Ich-Ich-Ich – das nationale Wir-Wir-Wir 143 – Das große reaktionäre Verdrehen 146 – Vordenker der Neuen Rechten 149 – Rechts ist männlich 158 – Vaterländisch-viriles Raunen 163 – Sollen Rückschrittliche die Zukunftsdebatte prägen – und den öffentlichen Raum? 170 – Die Nation preisen, den Staat betrügen 178 – Alles ist »Wahn«, »Hysterie«, »Paranoia«, »Furor« und »Terror« 184 – »Kraft durch Hass«: Wenn Rapper Kollegah Alexander Gauland hilft 187 – »Fast jede Generation erlebt einen solchen Rückschlag« 196

III. Die Demokraten unterschätzen die Demokratie 201

Seele und Saat der Demokratie 202 – Jede Demokratie ist anders I: Westeuropa 204 – Jede Demokratie ist anders II: Mittel- und Osteuropa 207 – Das Kommen und Gehen der Ideologien 208 – Nie im Lot – Freiheit, Gleichheit, Nachhaltigkeit 210 – Ökodiktatur: Mehr Diktatur als öko 212 – Der unedle Weg zum edlen Kompromiss 214 – Niedergang? Die Demokratie ist im Übergang 217 – Demokratie als Entdeckungsverfahren 219 – Die hybride Aufklärung 222 – Langsamkeit oder Lähmung? 226 – Demokratie kann nicht alle Erwartungen einlösen 229

IV. Zwölf Vorschläge für die Demokratie 235

Konstruktion und Komposition 236 – Damit Gestrige nicht die Zukunft kapern 238 – Handeln schafft Hoffnung 288

V. Das Gesetz des Handelns 291

Schockwellen und Zeitenwende 291 – Die Neonationalisten: Aggressiver Tonfall, defensives Taktieren 294 – Die Neue Rechte: Stagnation, Regression, Desillusion 295 – Noch radikaler oder etwas bourgeoiser? Beides zerreibt die Reaktionäre 297 – Biden und Baerbock – die neue Unerschrockenheit 300 – Die alte Schwäche des Markts, die neuen Stärken des Staats 301 – Die Evolution der Grünen und die kleine schwarze Kulturrevolution 304 – Frauen modernisieren die Mitte 307 – Der organisierte Kapitalismus 309 – Die *Financial Times* als Avant-

garde 313 – Das große grüne Ineinander 315 – Wie grün grünt die
EU? 317 – Eine kleine republikanische Krisenlehre 320 – »Positive
politische Gefühle« 330

Europäisches Nachwort 333

Anmerkungen 341

Meinen Enkelkindern

Vorwort zur Taschenbuchausgabe: Die Zäsur

Erst Trump, dann Corona – diese zwei sehr ungleichen Plagen werden als ein Wendepunkt in die Geschichte des 21. Jahrhunderts eingehen. Denn nunmehr haben sich die Rollen vertauscht: Die Verfechter der Demokratie sind auf dem Vormarsch, während sich die autoritären Populisten festfahren.

In den Vereinigten Staaten entzweit sich die Grand Old Party der Republikaner, in der Bundesrepublik die AfD. Der italienische Scharfmacher Matteo Salvini verlor das Gesicht und sein politisches Profil, als seine antieuropäische Lega dem überzeugten Europäer Mario Draghi zum Amt des Ministerpräsidenten verhalf. Die polnischen und ungarischen »Autoritärdemokraten« erfahren sowohl den wachsenden Außendruck der Europäischen Union als auch den Innendruck einer auflebenden Opposition. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist im Abseits, die Schweizerische Volkspartei (SVP) erodiert. Die rechtsradikale Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen spielt in Frankreich ihre letzte Karte: Verliert sie zum dritten Mal die Wahl, ist sie am Ende.

Leise sind die einst vorlauten Populisten geworden, sie hadern. Viele sind frustriert, weil Protestparteien nichts Schlimmeres widerfahren kann, als in die Defensive zu geraten. Der Erfolg hatte sie lang verwöhnt, ja süchtig gemacht, nun sind sie auf Entzug. Je verdrossener diese Autoritären, desto wilder werden sie in nächster Zeit um sich schlagen – bedrohlich bleiben sie. Aber erstmals seit zwei Jahrzehnten fällt es den Demagogen schwer, für ihre Themen zu trommeln.

Im Gegenzug entfalten sich Kräfte des Augenmaßes, in den USA wie in der EU, auch in der Bundesrepublik. Die politische Mitte prägen jetzt die Grünen. Und ein Teil der traditionellen wirtschaftshörigen Mitte hat sich, ein bisschen, emanzipiert. Weil infolge der Corona-Krise der Staat die Schlüsselrolle spielt, haben liberalkonser-

vative und sozialliberale Politiker den Primat der Politik wiederentdeckt und daran Gefallen gefunden. Sie möchten jenseits der Pandemie diesen Primat über die Wirtschaft behaupten: um die globalen Digitalriesen zu bändigen und die Unternehmenswelt ökologisch auszurichten.

Allerdings erfordert eine griffige Umweltpolitik – die das Wohnen, Fahren und Einkaufen verteuert – eine griffige Sozialpolitik, das heißt eine Umverteilung zugunsten der Lohnempfänger. Seien es der amerikanische Präsident Joe Biden und seine Vizepräsidentin Kamala Harris in Washington, sei es die Europäische Kommission in Brüssel, sei es in Berlin die neue Bundesregierung: Können sie die Ungleichheit in der Gesellschaft wirksam angehen? 1937 sagte der US-Präsident Franklin D. Roosevelt, dessen Ausgaben- und Reformprogramm New Deal die heutige Politik inspiriert: »Der Prüfstein wird sein, dass wir nicht etwa zum Überfluss derer beitragen, die viel besitzen; sondern dass wir genug Mittel bereitstellen für die, die zu wenig haben.«

Das epochale Ungleichgewicht zwischen Arm und Reich, Frau und Mann, Schwarz und Weiß, Natur und Mensch besteht fort. Aber die Corona-Zeit hat das Leben stark und manche Einstellungen leicht verändert. Viele Menschen denken weiter, manchmal neu, oft etwas anders:

- Die Gefahr, die vom krassen sozialen Gefälle ausgeht, wird mittlerweile breit diskutiert. Selbst der Internationale Währungsfonds fordert jetzt Umverteilung, die stärkere Besteuerung des Kapitals und die Mehrbelastung hoher Einkommen, um »den von Covid-19 beschleunigten Teufelskreis der Ungleichheit« zu durchbrechen.
- Während der Krise hat sich die herrschende Minderheit der Männer – wie stets in der Not – auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Schlüsselrolle der Frauen besonnen. Die Gleichstellung macht deswegen keinen Sprung nach vorn, wohl aber tut sie nächste Schritte.
- Mitten in der Pandemie entfaltete sich in Amerika und alsbald in

Europa die mächtige antirassistische Bewegung Black Lives Matter. Sie verändert die Grundstimmung.

- Corona hat die Umweltfrage nicht verdrängt, sondern weiter vergegenwärtigt.

Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg griff das historische Geschehen in unser aller Leben ein. Die Mehrzahl will zurück zur Normalität, aber zu einer zukunftsfähigen Normalität – wo ehemals die Krisen zur Norm geworden waren. Das schärft das Bewusstsein der Krisenzeitgenossen, nun müsse korrigiert werden, was seit Jahren bloß kritisiert wurde.

Gerade in der Trump-Zeit haben die Verfechter der liberalen Demokratie dazugelernt – zum Beispiel, dass es sich rächt, fällige Renovierungsarbeiten an dieser Demokratie zu vernachlässigen. Sind demokratische Einrichtungen rückständig wie das aus dem 18. Jahrhundert stammende US-Wahlverfahren, lässt sich spielend Zweifel an den Wahlergebnissen säen, bis hin zum Sturm auf das Kapitol.

Und auch das ist inzwischen eine Erfahrungstatsache: Eine Überdosis Liberalismus ist Gift für die Demokratie wie für den Kapitalismus, für die politische und wirtschaftliche Stabilität. Der »Ultraliberalismus« maximiert ökonomische Risiken, die Geldwelt wird und bleibt hoch anfällig. Und er maximiert die Ungleichheit, was die Gesellschaft spaltet, Protestparteien beflügelt, die Demokratie zerrütten kann. Die USA bieten dafür das abschreckende Extrembeispiel.

In Europa ist Polarisierung out, eine Großzahl der Bürgerinnen und Bürger hat Sehnsucht nach Balance. Der Wunsch nach Differenziertheit statt Aggressivität wächst, nach Humanismus anstelle des lang angesagten Zynismus, auch nach neuem Zusammenspiel der Gegensätze wie in Deutschland Grün-Rot-Gelb oder auch Grün-Schwarz. Jedenfalls ziehen die Zauberformeln des Marktliberalismus und die Sprüche des Populismus je länger, desto weniger – der allgemeine Rechtsrutsch ist vorbei. Krisengeplagte Menschen erhoffen konkrete Verbesserungen. Die Einsicht in eine Kernaufgabe der Demokratien kehrt zurück, nämlich vielfältige Interessen auszugleichen, auf dass die Gesellschaft friedlich und die Natur möglichst

wohlbehalten bleibt. In der Europäischen Union steht nicht mehr der Markt im Mittelpunkt, sondern der ökologisch-digitale Umbau der Wirtschaft, den Milliardenprogramme ankurbeln. Und sowohl die Erfahrung des »Trumpismus« als auch die antidemokratische Militanz von China und Russland beflügeln den für viele noch ungewohnten Gedanken der europäischen Souveränität.

Der doppelte Trump-Corona-Schock hat eine Zäsur zwischen der Ära der Maßlosigkeit und einer Periode des größeren Augenmaßes gesetzt. »Echte Avantgarde ist nichts anderes als der mutige Rückschritt zur Vernunft«, meinte Karl Kraus. Europa ist Avantgarde, wenn es zum Kontinent der ökosozialen Demokratien gedeiht. Das könnte im besten Fall das neue Narrativ der EU werden.

Die Demokratie also muss gestaltungskräftiger, die Politik gestaltungswilliger werden – das Hauptanliegen dieses Buchs. Nach dem Trump-Corona-Schock verbessern sich die Bedingungen für eine demokratische Renaissance: Darum diese ergänzte, leicht aktualisierte Ausgabe.

Neue reale und mentale Verhältnisse begünstigen die Arbeit daran, die Institutionen der Demokratie auf die Höhe des ökologisch-digitalen 21. Jahrhunderts zu bringen – jetzt lässt sich der Primat der Politik sichern und der Kapitalismus ein Stück weit ordnen, statt dass wir uns unterordnen. Diesen Optimismus und Voluntarismus dokumentiert der zusätzliche Teil V: *Das Gesetz des Handelns*.

Einleitung: Wir sind die, auf die wir warten

Was ist eine Elite – eine, die hohe Ansprüche erfüllt und den Namen verdient? Sie müsste Vorbild sein, verantwortungsvoll handeln, die Interessen des Gemeinwesens über die eigenen stellen. Der Weitblick darf nicht fehlen, das Denken in übergeordneten Zusammenhängen. Zu viel verlangt? Elite ist nicht Establishment.

Im Gegensatz zur Elite wollen Etablierte weniger die Zukunft mitgestalten als vielmehr die Gegenwart verlängern: den Status quo verewigen, dem sie Macht, Geld, Geltung, Privilegien verdanken. Und dann gibt es noch die sogenannten Promis, reich, schön, oder beides, und manchmal begabt. Prominente (besagt das lateinische Wort) »ragen hervor«, jedoch nicht immer notwendig durch Talent oder Leistung, sondern weil der unersättliche Medienbetrieb sie für verwertbar hält – die einen mehr, die anderen weniger. Es gibt ja auch B-Promis und C-Promis. New York hat sogar D-Promis: *d-list celebrities*. Donald Trump stand anfangs auf der D-Liste.

Trump gehörte weder zur Bildungselite wie der Harvard-Absolvent Barack Obama noch zum politischen Establishment wie der langjährige Senator Joe Biden, aber er setzte alles daran, im Promi-Alphabet nach vorn zu rücken. Er suchte den New Yorker Medienwirbel, genoss ihn und fand im Fernsehen eine Bühne, die ihn landesweit berühmt machte: die Castingshow *The Apprentice* (Der Lehrling). Donald Trump, Boss und Showmaster, drillte junge Talente, die sich bei ihm um eine Stelle bewarben. Gern demütigte er die Kandidaten, Widerspruch zwecklos. Einmal maßregelte er eine allzu aufrichtige Anwärtlerin. Die rechtfertigte sich, sie sei halt ein ehrlicher Mensch. »Wie dumm ist das«, befand Trump.¹ Sein sonores »You're fired« beschloss die Show – Sie sind entlassen: Einer der Bewerber schied aus. Während seiner Jahre im Weißen Haus feuerte er unablässig Minister und Mitarbeiter.

So wie Trump mit Menschen umgeht, so verfährt der amerikani-

sche Ultrakapitalismus mit all den Überzähligen und Unterqualifizierten ... – die dann Trump anhimmeln, nach wie vor. Ausgegrenzte mögen den Ausgrenzer. Die Reaktion vieler Verlierer ist die Ergebenheit an einen Reaktionär, der einzig die Gewinner respektiert und auch deshalb seine Niederlage leugnete.

Was steckt dahinter? Ausgerechnet seinen despotischen Charakterzügen verdankte Trump die hohe Einschaltquote im Fernsehen und das höchste Amt der USA. Nach seiner Abwahl tritt er noch autoritärer auf, gerade weil er an Autorität verloren hat.

Die liberale Demokratie wurde namentlich zu dem Zweck geschaffen, für die Stärke des Rechts zu sorgen, wider das Recht des Stärkeren. Doch mittlerweile sehnen sich viele nach dem »starken Mann«. Sie huldigen ihm, solange er anmaßend und aggressiv auftritt. Das »Volk« bewundert ihn – und das Volk bilden diejenigen, die ihn bewundern. Die anderen gehören nicht dazu. Sie sind lauter »Volksfeinde«.

Die Alternative für Deutschland (AfD) stempelt Gegner zu »Volksverrättern«. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ortet »Verrat an der eigenen Bevölkerung«. Für die Schweizerische Volkspartei (SVP) übt die Elite »Verrat am Volkswillen«. Als der französische Staatspräsident den Aachener Freundschaftsvertrag mit der Bundesrepublik paraphierte, habe Emmanuel Macron »den Straftatbestand des Verrats« erfüllt, sagte Marine Le Pen, die Chefin des Rassemblement National.²

Verräter – das V-Wort ist Programm, es richtet sich gegen die Liberalität. Und »liberal«, dieses Adjektiv ist eindeutiger, als gespottet wird. Es steht für alles, was zur Freiheit aller beiträgt:

- eine Demokratie, in der die Menschen in gleicher Freiheit und freier Gleichheit leben;
- faire Wahlen und Abstimmungen;
- die Menschenrechte, den Rechtsstaat;
- das Aufteilen der Staatsmacht zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, dem Parlament, der Regierung und der unabhängigen Justiz, um Übermacht zu verhindern;

- den Kampf von Gesetzgebern und Kartellbehörden gegen wirtschaftliche Übermacht;
- die Freiheit zu forschen und die Erkenntnisse in die Debatte einzubringen;
- die Freiheit des Worts, der Meinung, der Medien und der Künste, um diese erkenntnisorientierte Debatte zu ermöglichen;
- die Freiheit, aus der Debatte politische Schlüsse zu ziehen und selbst Politik zu machen oder sich vertreten zu lassen: durch Parteien und Organisationen, die ebenfalls in freier Gleichheit und gleicher Freiheit wirken.

Das ist liberal und macht die liberale Demokratie aus, die nur »bei Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen« (Grundgesetz) etwa die Bewegungs- und Versammlungsfreiheit vorübergehend einschränkt. »Verräter« jedoch verdienen gar keine Freiheit. Wer mit dem V-Wort um sich wirft, wendet sich gegen die Freiheit aller. Und will eine unfreie Demokratie. Das ist ein Widerspruch in sich. Denn Freiheit ist der Sinn und Zweck des pragmatischen Ideals, das wir Demokratie nennen. Eine unfreie Demokratie ist keine. Illiberale Demokratien sind undemokratisch, also halbe oder ganze Diktaturen – und Diktaturen sind hart, auch die halben.

Alle Autoritären berufen sich auf das Volk. Doch in ihrer Machtwelt ist etwas Wesentliches nicht vorgesehen: die Bürgergesellschaft, der demokratische Diskurs, ein offenes öffentliches Leben. Die Res publica, die öffentliche Sache, ist ihre Privatsache. Hauptsache, sie herrschen. Das Zelebrieren der Macht ist der Kern ihrer Politik wie ihrer Propaganda. Und die wirkt: Allmählich kommt bei vielen Zeitgenossen die Vorstellung gar nicht mehr auf, dass es zum Recht des Stärkeren eine Alternative gäbe.

Unablässig arbeiten antiliberaler Politiker daran, die Institutionen der liberalen Demokratie schlechtzumachen. In ihrer Propaganda bilden Parlament, Justiz und Medien das Reich des Bösen: des Elitären. Sie sind »volksfern«, weil sie den »volksnahen« Anführer schwächen, seine Macht begrenzen, sein Gebaren beaufsichtigen. Doch ist die liberale Demokratie dazu da, Allmacht zu verhindern. Sie ver-

teilt nicht nur die Staatsmacht auf die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt, wobei in Extremlagen die Regierung rasch handeln muss und das Parlament ihr eine Zeitlang freiere Hand lässt. Die liberale Demokratie ermöglicht es zudem der Opposition, den Interessengruppen und Nichtregierungsorganisationen, den internationalen Organisationen und den Medien, sich Gehör zu verschaffen, Einfluss zu nehmen. Die illiberale Demokratie will all dies verhindern oder erschweren.

Liberaler Demokratie teilt die Staatsmacht in viele Machtstücke. Niemand bekommt ein zu großes Stück, keiner hat mehrere Stücke. Die gestückelte Macht wird in verschiedenen demokratischen Institutionen eingebettet, so kann sie niemand zusammenfügen und aus einer Hand ausüben. Diese Staatsform ist bestrebt, jede Hegemonie abzuwenden. Das ist nicht die ganze liberale Demokratie, aber es ist ihr Leitgedanke. Eine diametral andere »Leitkultur« hat die illiberale Demokratie: Macht soll sich ungehindert entfalten, das Machtstück kann nicht groß genug sein.

Einst riefen Autoritäre nach der Diktatur. Das tun sie nicht mehr oder, wenn schon, verklausuliert. »Die Rechtlosigkeit hat sich Seidenhandschuhe angezogen«, sagte Friedrich Dürrenmatt 1990. Drei Wochen vor seinem Tod hielt er eine Lobrede auf den Schriftsteller, Dissidenten und Staatspräsidenten Václav Havel. Und meinte, die Herrscher in der »spättotalitären« Tschechoslowakei hätten so gründlich manipuliert, dass sie nicht länger morden und foltern lassen mussten.³ Wie immer bei Dürrenmatt war der Rückblick zugleich ein Ausblick. Heute wissen Herrschsüchtige, dass eine förmliche Diktatur unnötig ist, wo sich jede sogenannte »Demokratie« autoritär führen lässt. Siehe in Singapur die obrigkeitliche Demokratie, auf den Philippinen die polizeiliche, in Brasilien die militarisierte, in Russland die gelenkte, in der Türkei die repressive, in Ungarn und Polen die illiberale Demokratie. Und vierzehn Monate lang sahen wir in Italien eine Hetzer-Demokratie à la Matteo Salvini.

Schon im Jahr 1923 schrieb Carl Schmitt, der Jurist und spätere Staatsdenker der Nazis: »Eine Demokratie kann militaristisch oder

pazifistisch sein, absolutistisch oder liberal, zentralistisch oder dezentralisierend, fortschrittlich oder reaktionär, und alles wieder zu verschiedenen Zeiten verschieden, ohne aufzuhören, eine Demokratie zu sein.«⁴ Zu lesen in dem Band *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, dessen zweite Auflage er mit einer »Vorbemerkung über den Gegensatz von Parlamentarismus und Demokratie« versah. Carl Schmitt ist heute die Lichtgestalt reaktionärer Publizisten.

Die illiberale Demokratie ist die Demokratie der Antidemokraten – und eine neue Art, Diktaturen zu legitimieren. In der demokratischen Hülle steckt die Fülle des Autoritären. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán führt das mit verschlagener Brutalität vor. Das Idol der Reaktionäre in Europa beschwört die »christlich-abendländische« Vergangenheit – »und in diesem Sinn ist der neue Staat, den wir in Ungarn bauen, kein liberaler Staat, sondern ein illiberaler«. Orbán vollzieht den »Systemwechsel« zur neuen »Staatsform, die am besten fähig ist, eine Nation erfolgreich zu machen«, so die wichtigste Rede seiner bisherigen Amtszeit im Juli 2014.⁵ Liberale Demokratie baue »auf dem Gedanken auf, dass wir alles tun dürfen, was die Freiheit des anderen nicht einschränkt«. Er hingegen mache die Freiheit »nicht zum zentralen Element der Staatsorganisation«. Ungarn müsse sich »von den in Westeuropa akzeptierten Dogmen und Ideologien lossagen«. Denn die siegreichen »Stars« im Wettlauf um die beste Staatsform seien »Singapur, China, Indien, Russland, die Türkei«. Orbán fuhr fort: Das Volk erwarte von ihm, »die neue Organisationsform des ungarischen Staats [...] zu schmieden«. Und in dieser Arbeit gebe er, bei aller »Berücksichtigung« der Menschenrechte und der Individuen, etwas anderem den Vorrang: der Nation als »Gemeinschaft, die organisiert, gestärkt, ja sogar aufgebaut werden muss«. Im Juli 2019 zog der Ministerpräsident eine erste Zwischenbilanz: Die Errichtung seiner Autoritärdemokratie werde weitere fünfzehn Jahre beanspruchen.⁶ Dann ist Orbán erst siebzig Jahre alt.

Unter den Gegnern der liberalen Demokratie finden sich Freun-